

Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums über die Stoffpläne für die Lehrveranstaltungen in den Arbeitsgemeinschaften des juristischen Vorbereitungsdienstes für Rechtsreferendarinnen und -referendare

Vom 1. März 2017 - Az.: 2221/0189 -,

Bezug: Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums über die Stoffpläne für die Lehrveranstaltungen in den Arbeitsgemeinschaften des juristischen Vorbereitungsdienstes für Rechtsreferendarinnen und -referendare vom 31. März 2011 (Die Justiz, S. 120), die zuletzt durch Verwaltungsvorschrift vom 11. September 2014 (Die Justiz, S. 242) geändert worden ist

A.

Für die Lehrveranstaltungen im Rahmen des juristischen Vorbereitungsdienstes gelten die nachfolgenden Stoffleitpläne:

Stoffplan für die Lehrveranstaltungen im Zivilrecht

I.

Einführungslehrgang

48 Stunden

ab 1. Oktober 2017: 60 Stunden

Im Mittelpunkt des Einführungslehrgangs steht die Behandlung des Zivilrechtsstreits, wie er den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Richterinnen und Richtern und anderen Rechtspflegeorganen in der täglichen Praxis begegnet. Schwierige Einzelfragen des Prozessrechts sollen nur behandelt werden, soweit dies zum Verständnis der konkreten Prozesssituation erforderlich ist.

Der Lehrgang soll anhand von Musterakten praxisnah gestaltet werden. Dabei soll der Verfahrensablauf schrittweise dargestellt werden, wobei die Rechtsreferendarinnen und -referendare mit dem Entwurf von Schriftsätzen, Verfügungen und Entscheidungen zu aktiver Mitarbeit herangezogen werden sollen.

1. Prozessvorbereitung aus anwaltlicher Perspektive

- a) Möglichkeiten der Rechtsverfolgung,
- b) Kosten des Rechtsstreits und Prozesskostenhilfe.

2. Klageschrift

- a) Wesentlicher Inhalt mit Fragen zur Zuständigkeit des Gerichts,
- b) Bestimmung des Streitgegenstands und seine praktische Bedeutung.

3. Gerichtliches Mahnverfahren

- a) Verfahrensgang,
- b) Übergang in das ordentliche Streitverfahren.

4. Prozessvorbereitung aus richterlicher Perspektive

- a) Geschäftsverteilung und gesetzlicher Richter,
- b) Terminbestimmung unter Beachtung der Einlassungs- und Ladungsfrist,
- c) schriftliches Vorverfahren,
- d) Klagezustellung mit Zustellungsarten und Folgen der Rechtshängigkeit.

5. Einlassung der Beklagtenseite

- a) Bestreiten, Nichtbestreiten und Geständnis anspruchsbegründender Tatsachen,
- b) Einwendungen und Einreden, insbesondere die Aufrechnung im Prozess,
- c) Anerkenntnis gem. § 93 ZPO,
- d) Widerklage

6. Verfahrensgrundsätze

- a) Verhandlungs-, Dispositions- und Mündlichkeitsgrundsatz,
- b) Beschleunigungsgrundsatz,
- c) Rechtliches Gehör.

7. Verhandlungstermin

- a) Terminsvorbereitende Verfügungen,
- b) Güteverhandlung,
- c) Verlauf der streitigen Verhandlung mit Zuständigkeitsrügen und Verweisung,
- d) Verlauf der nichtstreitigen Verhandlung (Anerkenntnis, Verzicht, Säumnisverfahren, Ruhen des Verfahrens).

8. Beweisverfahren

- a) Beweisbedürftige Tatsachen mit Fragen der Beweislast,
- b) Beweisantrag und Beweismittel,
- c) die Beweisaufnahme.

9. Prozessbeendigung ohne Urteil

- a) Klagerücknahme,
- b) Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache,
- c) Prozessvergleich (prozessuale und materiell-rechtliche Bedeutung, weiteres Verfahren bei Unwirksamkeit des Prozessvergleichs, Widerruf und Erledigungsklausel).

10. Streitiges Urteil

Inhalt, Aufbau und Zustellung.

11. Besondere Verfahren

- a) Säumnisverfahren und Versäumnisurteil,
- b) Urkundenprozess.

12. Gutachten

(Aufbau auch nach den Regeln der Relationstechnik)

II.

Besondere Lehrveranstaltungen

60 Stunden

1. Familienrecht mit Verfahrensrecht

20 Stunden

- a) Wirkungen der Ehe im Allgemeinen mit gesetzlichem Güterrecht,
- b) Trennung und Ehescheidung mit Unterhalts- und Sorgerecht,
- c) Abstammung, Verwandtschaft und Unterhaltspflicht unter Verwandten,
- d) gesetzliche Vertretung von Kindern,
- e) Familienverfahrensrecht.

2. Erbrecht mit Nachlasssachen

8 Stunden

- a) Verfügungen von Todes wegen (Ehegattentestament, Erbvertrag, Vor- und Nacherbfolge),
- b) Stellung des Erben (Erbenhaftung, Erbengemeinschaft und Auseinandersetzung),
- c) Pflichtteilsrecht,
- d) Erbschein und Erbscheinsverfahren.

3. Zwangsvollstreckungsrecht (mit ZVG)

12 Stunden

- a) Vollstreckung in das bewegliche und unbewegliche Vermögen
 - aa) Vollstreckungsvoraussetzungen, Vollstreckungsarten, Vollstreckungsorgane,
 - bb) Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung,
- b) Besonderheiten der Zwangsvollstreckung in Grundstücke
 - aa) Gegenstand der Zwangsversteigerung,
 - bb) Wirkungen und Umfang von Beschlagnahme und Zuschlag.

4. Haftung im Straßenverkehr

4 Stunden

- a) Verschuldens- und Gefährdungshaftung,
- b) Haftungsausgleich bei mehreren Unfallbeteiligten,
- c) typische Prozesssituationen.

5. Mietrecht

4 Stunden

- a) Hauptpflichten und Gewährleistung,
- b) Kündigung und Mieterhöhung bei Mietverhältnissen über Wohnraum,
- c) Vermieterpfandrecht,
- d) Wechsel der Vertragsparteien.

6. Aussage- und Vernehmungspsychologie

8 Stunden

7. Individualarbeitsrecht

4 Stunden

- a) Rechtsquellen und Gestaltungsformen,
- b) Begründung, Inhalt und Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit Bestandsschutz,
- c) Leistungsstörungen und Haftung im Arbeitsverhältnis,
- d) Grundzüge des arbeitsgerichtlichen Verfahrens.

III.

Praxisbezogener Unterricht

64 Stunden

Im praxisbezogenen Unterricht wird die auf der Station gewonnene Praxiserfahrung verarbeitet. Im Rahmen der Besprechung von Übungs- und Aufsichtsarbeiten werden Arbeitstechnik und die Methoden der Fallbearbeitung am praktischen Fall eingeübt. Darüber hinaus werden behandelt:

1. Arrest und einstweilige Verfügung

2. Berufung und Beschwerde

3. Ausgewählte Fragen aus dem materiellen Recht, insbesondere privates Baurecht

4. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf Verträge und Prozesse.

Die Themen werden so rechtzeitig angekündigt, dass ausreichend Zeit zur eigenen Vorbereitung gegeben ist.

Stoffplan für die Lehrveranstaltungen im Strafrecht

I.

Einführungslehrgang

16 Stunden

ab 1. Oktober 2017: 20 Stunden

Der Einführungslehrgang bereitet auf die praktischen Anforderungen der Ausbildung beim Strafgericht und bei der Staatsanwaltschaft vor. Die Rechtsreferendarinnen und -referendare sollen mit dem Ablauf des Strafverfahrens sowie mit den Aufgaben und der Arbeitsmethode der am Strafverfahren beteiligten Rechtspflegeorgane vertraut gemacht werden.

1. Staatsanwaltschaft

- a) Stellung und Aufgaben der Staatsanwaltschaft, Verhältnis zur Polizei,
- b) Ermittlungsverfahren (Vernehmungen, Durchsuchung, Beschlagnahme und anderes),
- c) Abschlussverfügungen (Form und Inhalt).

2. Strafgericht

- a) Zuständigkeit, Prozessvoraussetzungen, Prozesshindernisse,
- b) Verfahrensgrundsätze,
- c) Eröffnungsverfahren, Eröffnungsbeschluss,
- d) Vorbereitung der Hauptverhandlung mit Terminsbestimmung und Ladungen,
- e) Gang der Hauptverhandlung,
- f) Inhalt und Aufbau des Strafurteils.

II.

Besondere Lehrveranstaltungen

28 Stunden

1. Verkehrsdelikte mit Grundzügen des Ordnungswidrigkeitenrechts

8 Stunden

- a) Grundfragen des Ersten und Zweiten Teils (1. bis 8. Abschnitt) des OWiG,
- b) typische Probleme der Trunkenheitsfahrt und der Bestimmung der BAK,
- c) Fragen zur Entziehung der Fahrerlaubnis,
- d) Unfallflucht und Konkurrenzen.

2. Beweisantragsrecht

4 Stunden

- a) Beweisantrag, Beweisermittlungsantrag,
- b) Ablehnung von Beweisanträgen (Ablehnungsgründe).

3. Strafzumessung

4 Stunden

- a) Grundsätze der Strafzumessung,
- b) Tagessatzsystem, kurzzeitige Freiheitsstrafen,
- c) Strafzumessung bei Tatmehrheit,
- d) Gesamtstrafenbildung.

4. Rechtsmittelrecht

12 Stunden

- a) Berufung
 - Form und Fristen,
 - Beschränkung des Antrags,

- Verwerfung,
- Reformatio in peius,
- b) Statthaftigkeit und Ausschluss der Beschwerde,
- c) Revision
 - Form der Revisionsbegründung (Sachrüge, Verfahrensrüge),
 - relative und absolute Revisionsgründe,
 - Prozessvoraussetzungen und Verfahrenshindernisse,
 - Revisibilität der Beweiswürdigung und der Strafzumessung.

III. **Praxisbezogener Unterricht** 36 Stunden

Im praxisbezogenen Unterricht werden die im Einführungslehrgang erworbenen methodischen und prozessualen Grundkenntnisse erweitert und unter Einbeziehung der Praxiserfahrung der Stationsausbildung vertieft. Darüber hinaus werden im Unterricht ausgewählte materiell-rechtliche Fragen behandelt und anhand der Übungs- und Aufsichtsarbeiten die Arbeitstechnik und die Methode der Fallbearbeitung geübt.

Die Themen werden so rechtzeitig angekündigt, dass ausreichend Zeit zur eigenen Vorbereitung gegeben ist.

Stoffplan für die Lehrveranstaltungen im öffentlichen Recht

I. **Einführungslehrgang** 40 Stunden

Der Lehrgang hat die Aufgabe, die Rechtsreferendarinnen und -referendare in den Aufgabenbereich und die Arbeitsweise der Verwaltung und der Verwaltungsgerichte einzuführen. Er soll Zusammenhangs- und Überblickswissen vermitteln und die Voraussetzungen schaffen, dass die Rechtsreferendarinnen und -referendare in der Verwaltungsstation von Anfang an zielstrebig ausgebildet werden können.

Der Einführungslehrgang besteht aus zwei Abschnitten:

1. Organisation der Verwaltung, Verwaltungsverfahren

- a) Behördenstruktur in Baden-Württemberg, Aufbau- und Ablauforganisation, Zusammenarbeit in und zwischen Behörden,
- b) Anwendung des Landesverwaltungsverfahrens-, Landesverwaltungs Zustellungs- und Landesverwaltungsvollstreckungsgesetzes, Form und Aufbau von Verwaltungsentscheidungen,
- c) Widerspruchsverfahren und Widerspruchsbescheid.

2. Verwaltungsgerichtliches Verfahren

- a) Grundzüge des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens,
- b) Form und Aufbau von verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen.

II. **Besondere Lehrveranstaltungen** 24 Stunden (davon 16 im Einführungslehrgang)

Die Behandlung der nachfolgend aufgeführten Themen umfasst in der Regel 4 Stunden. Die Grundzüge der rechtlichen Gestaltung und drei Rechtsgebiete (nach näherer Bestimmung der Ausbildungsleiterin oder des Ausbildungsleiters) werden im zeitlichen Zusammenhang mit dem Einführungslehrgang behandelt.

1. Naturschutzrecht

- a) Grundlagen und Rechtsquellen,
- b) Schutz von Natur und Landschaft, Eingriff und Ausgleich, insbesondere Verhältnis zum Baurecht,
- c) aus dem Artenschutzrecht §§ 37 bis 39 BNatSchG,
- d) Erholung in Natur und Landschaft,
- e) Mitwirkung von anerkannten Naturschutzvereinen,
- f) Eigentumsbindung, Befreiungen.

2. Immissionsschutzrecht

- a) Rechtsgrundlagen und Ziele,
- b) Genehmigungsbedürftige und nicht genehmigungsbedürftige Anlagen,
- c) Ermittlung von Emissionen und Immissionen,
- d) aus dem gebietsbezogenen Immissionsschutz §§ 44 ff. BImSchG.

3. Straßenrecht

- a) Gesetzliche Grundlagen, Verhältnis zum Straßenverkehrsrecht,
- b) Öffentlichkeit von Straßen, Bestandteile und Einteilung,
- c) Straßenrechtliche Statusakte, Straßenbestandsrecht,
- d) Straßenrechtliche und straßenverkehrsrechtliche Akte zur Verkehrssteuerung,
- e) Straßenplanung, Planfeststellungsverfahren,
- f) Straßenbaulast, Verkehrssicherungspflicht und andere straßenrechtliche Pflichten,
- g) Benutzung und Verwaltung öffentlicher Straßen.

4. Wasserrecht

- a) Rechtsgrundlagen, Ziele, allgemeine Bestimmungen,
- b) Grundlagen der Bewirtschaftung von Gewässern,
- c) Öffentliche Wasserversorgung, Wasserschutzgebiete, Heilschutzquellen,
- d) Umgang mit wassergefährdenden Stoffen,
- e) Gewässerausbau,
- f) Duldungs- und Gestattungspflichten,
- g) Gewässeraufsicht.

5. Sozialrecht

- a) Rechtsgrundlagen,
- b) Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens,
- c) Überblick über die Regelungsgegenstände der Sozialgesetzbücher, insbesondere SGB II, III, V, VI und XI.

6. Grundzüge der rechtlichen Gestaltung

- a) Ausgangskonstellationen und Problemstellungen,
- b) Interessenlagen, Ziele,
- c) Gestaltungsmöglichkeiten und Mittel der rechtlichen Gestaltung.

III. **Praxisbezogener Unterricht** 56 Stunden

Der praxisbezogene Unterricht hat die Aufgabe, die in der Verwaltungsstation gewonnene Praxiserfahrung zu verarbeiten, den Stoff des Einführungslehrgangs zu vertiefen und anhand praktischer Beispiele zu verdeutlichen und durch die Besprechung von Übungs- und Aufsichtsarbeiten die Arbeitstechnik und die Methodik der Fallbehandlung einzuüben.

Der Unterricht erstreckt sich vor allem auf die nachfolgend genannten Rechtsgebiete, wobei inhaltlich die Querverbindungen zu den Rechtsgebieten der besonderen Lehrveranstaltungen und methodisch die Besonderheiten der rechtlichen Gestaltung im öffentlichen Recht aufgezeigt werden sollen.

1. Allgemeines Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahren mit Widerspruchsverfahren, Sofortvollzug, Verwaltungsvollstreckung

2. Kommunalrecht

- a) Kommunalverfassungsrecht, insbesondere Organe, Satzungsrecht und Kommunalaufsicht,
- b) Recht der öffentlichen Einrichtungen, Recht der kommunalen Zusammenarbeit.

3. Baurecht

- a) Bauplanungsrecht, insbesondere Zustandekommen von Bauleitplänen, Zulässigkeit von Bauvorhaben,
- b) Bauordnungsrecht, insbesondere Baurechtsbehörden mit Aufgaben und Eingriffsgrundlagen, Baugenehmigungs- und Kenntnisgabeverfahren,
- c) Nachbarschutz im Bauplanungs- und Bauordnungsrecht.

4. Polizeirecht

- a) Organisation und Zuständigkeit der Polizei (materieller Polizeibegriff),
- b) allgemeines Polizeirecht, insbesondere polizeiliche Generalklausel, Störerbegriff, Polizeiverfügung, Polizeiverordnung,
- c) ausgewählte Probleme der Anwendung des Polizeirechts im besonderen Verwaltungsrecht.

5. Verwaltungsprozessrecht

- a) Verwaltungsrechtsweg,
- b) allgemeine Grundsätze und Besonderheiten des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens, Verfahrensbeteiligte,
- c) einstweiliger Rechtsschutz,
- d) Klagearten; Normenkontrollverfahren (§ 47 VwGO),
- e) die verwaltungsgerichtliche Entscheidung,
- f) Kosten und Vollstreckung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen.

Stoffplan für die Lehrveranstaltungen im Anwaltsrecht

Besondere Lehrveranstaltungen:

Anwaltsrecht

75 Stunden

Ziel ist die Vermittlung der Grundlagen des Anwaltsrechts und die Begleitung der praktischen Ausbildung der Referendarinnen und -referendare in der Zivil-, Verwaltungs- oder in der ersten Anwaltsstation sowie die Vertiefung der gewonnenen Praxiserfahrungen.

1. Anwaltliches Berufsrecht nach BRAO und BORA

15 Stunden

- a) Stellung als Organ der Rechtspflege und Interessenvertreter (§§ 1 bis 3, 43 und 43a BRAO),
- b) anwaltliche Berufsorganisationen (Zulassung, Verlust der Zulassung, Verfahren, Aufsichtswesen, Anwaltsgerichtsbarkeit),
- c) berufsrechtliche Regelungen im Verhältnis zu Mandanten und Dritten,
- d) Anwaltsvertrag mit zivil- und berufsrechtlichen Grundpflichten,
- e) Haftung, auch bei Zusammenarbeitsformen, Haftpflichtversicherung,
- f) Schlichtungsverfahren, Haftungsprozess.

2. Anwaltliche Strategien, Formulierung von Anträgen und Begründungen

15 Stunden

- a) im Zivilprozess: zum Beispiel bezüglich Wahl des Gerichts und des Verfahrens, Umfang des Klagebegehrens, Auswahl des Prozessvortrags,
- b) in der Zwangsvollstreckung: insbesondere bezüglich Informationsbeschaffung, Wahl der Vollstreckungsmaßnahme, Rechtsbehelfe und Kosten,
- c) im Strafverfahren: insbesondere bezüglich Wahl- und Pflichtverteidigung, Umfang des Vortrags, Beweisanträge, Risiken für die Strafverteidigung.

3. Anwaltliche Vertragsgestaltung 10 Stunden

- a) gesetzliche Vertragstypen, Fallgruppen,
- b) Informationsbeschaffung, Vertragsstruktur,
- c) Allgemeine Geschäftsbedingungen und Formvorschriften,
- d) Vertragsauslegung,
- e) Vertragsbeispiele aus dem besonderen Schuldrecht.

4. Anwaltsgebührenrecht 5 Stunden

- a) gesetzliche Regelung,
- b) Vergütungsvereinbarung,
- c) Geltendmachung der Vergütung.

5. Klausurentraining für Anwaltsklausuren 5 Stunden

Klausurentechnik und -taktik für rechtsberatende und rechtsgestaltende Anwaltsklausuren.

6. Anwaltspraxis im Arbeitsrecht 5 Stunden

insbesondere anwaltliche Tätigkeit auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, Entstehen und Beendigung von Arbeitsverhältnissen, Arbeitsgerichtsverfahren.

7. Anwaltspraxis im Gesellschaftsrecht 5 Stunden

insbesondere Wahl der Rechtsform, Vertragsgestaltung, Haftung der Organe.

8. Anwaltspraxis im Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess 5 Stunden

insbesondere anwaltliche Tätigkeit auf Bürger- und Behördenseite im Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess, außergerichtliche Verständigung, einstweiliger Rechtsschutz.

9. Anwaltspraxis im Familienrecht 5 Stunden

insbesondere Unterhalt und Güterrecht.

10. Anwaltspraxis im Erbrecht (Vertragsgestaltung) 5 Stunden

insbesondere Testament und Erbvertrag (ohne Urkundenentwurf), Pflichtteilsrecht, Haftung des Nachlasses.

Stoffplan für die Lehrveranstaltungen in den Schwerpunktbereichen der Wahlstation

20 Stunden

In den Einführungslehrgängen der Schwerpunktbereiche soll ein theoretisch-systematischer Überblick über das betreffende Rechtsgebiet vermittelt werden. Hierauf aufbauend sollen typische Fragestellungen und Fallkonstellationen der Praxis erörtert und exemplarisch vertieft werden.

I.

Schwerpunktbereich Justiz

1. Familienrecht,

insbesondere

- a) ehevertragliche Gestaltungsformen,
- b) Scheidungsvereinbarung,
- c) nichteheliche Lebensgemeinschaften,
- d) Betreuungs- und Vormundschaftssachen.

2. Erbrecht,

insbesondere

- a) Verfügungen von Todes wegen in Verbindung mit Rechtsgeschäften unter Lebenden auf den Todesfall,
- b) Recht der Testamentsvollstreckung,
- c) Vererbung und Fortführung von Handelsgeschäften.

3. Einschlägige Verfahrensbestimmungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit

4. Fragen der rechtlichen Gestaltung mit Entwurf der einschlägigen Urkunden

II.

Schwerpunktbereich Wirtschaft

1. Recht der Personengesellschaften

- a) Typische Fallgestaltungen der Praxis und Sonderformen,
- b) Abschluss des Gesellschaftsvertrags,
- c) Gesellschaft und Gesellschafter, Besonderheiten der Haftung,
- d) Besonderheiten hinsichtlich Änderung, Auflösung und Auseinandersetzung der Gesellschaft,
- e) Besonderheiten der GmbH & Co KG.

2. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaft

- a) Gründung der GmbH,
- b) Rechtsverhältnisse in der GmbH, Besonderheiten der Haftung,
- c) Organe der GmbH,
- d) Minderheitenschutz,
- e) Grundlagen des Aktiengesetzes.

3. Wettbewerbsrecht

- a) Verhältnis des UWG zu spezialgesetzlichen wettbewerbsrechtlichen Normen und zum BGB,
- b) Wettbewerbswidriges Verhalten anhand typischer Fälle,
- c) Abwehr wettbewerbswidrigen Verhaltens durch zivilrechtliche Sanktionen.

4. Kartellrecht

- a) Aufgabe des Kartellrechts,
- b) Überblick über das Kartellgesetz (Kartellbegriff, Instrumente des Kartellgesetzes, Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle).

III.

Schwerpunktbereich Rechtsanwalt

1. Formen anwaltlicher Berufsausübung

- a) Kanzlei Gründung,
- b) Kanzleikauf,
- c) Formen der Zusammenarbeit.

2. Führung einer Kanzlei mit Vertiefung steuerrechtlicher und betriebswirtschaftlicher Fragen

- a) Organisation und Qualitätsmanagement,
- b) Personalwesen und Mitarbeiterführung.

3. Anwaltliche Tätigkeit als Mediator und Schlichter

- a) Grundlagen der Mediation,
- b) Entwicklung und Verfahrensgrundsätze,
- c) Anwendungsgebiete,
- d) Obligatorische Streitschlichtung nach § 15a EGZPO.

4. Anwaltsgebührenrecht

IV.

Schwerpunktbereich Verwaltung

1. Allgemeine Lehren

- a) Rechtsgrundlagen und verfahrensrechtliche Gestaltungsformen, Ziele und Prinzipien des Umweltrechts,
- b) Verknüpfung des Umweltrechts mit anderen Rechtsgebieten.

2. Immissionsschutzrecht

3. Naturschutzrecht

4. Wasserrecht

5. Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht

- a) Rechtsgrundlagen, Grundbegriffe, Ziele, Grundsätze und Pflichten der Kreislaufwirtschaft,
- b) Abfallrechtliche Instrumente.

6. Bodenschutzrecht

- a) Rechtsgrundlagen, Grundbegriffe, Ziele und Anwendungsbereich der bodenschutzrechtlichen Vorschriften,
- b) Grundsätze und Pflichten, Kosten und Kostenerstattung,
- c) Ergänzende Vorschriften für Altlasten.

V. **Schwerpunktbereich Arbeit**

1. Regelinhalt eines typischen Arbeitsverhältnisses

- a) Anbahnen, Zustandekommen, Rechtsgrundlagen und Gestaltungsformen,
- b) Arbeitsverpflichtung, Leistungsmängel und Haftung,
- c) Vergütungsformen und Schutz des Vergütungsanspruchs,
- d) Nebenpflichten (einschließlich Zeugnis).

2. Beendigung des Arbeitsverhältnisses und Bestandsschutz

- a) Kündigung, Kündigungsschutz, sonstige Beendigungsgründe,
- b) besonderer Bestandsschutz (Mutterschutzgesetz, Schwerbehindertengesetz).

3. Verfahrensrecht

- a) Gang des arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahrens,
- b) prozessuale Durchsetzung des arbeitsrechtlichen Anspruchs,
- c) Beschlussverfahren anhand eines typischen Falles.

4. Kollektives Arbeitsrecht

- a) Organisation und Beteiligung des Betriebsrats,
- b) Koalitions- und Tarifvertragsrecht.

VI. **Schwerpunktbereich Soziale Sicherung**

1. Überblick über das System der sozialen Sicherung

- a) Aufgaben und Gliederung,
- b) Soziale Entschädigung und Sozialhilfe im Überblick.

2. Unfallversicherung

- a) Organisation und Finanzierung,
- b) Mitgliedschaft und versicherter Personenkreis,
- c) Versicherungsfälle und Leistungen,
- d) Haftungsablösung und Rückgriff.

3. Krankenversicherung

- a) Organisation und Finanzierung,
- b) Mitgliedschaft und versicherter Personenkreis,
- c) Versicherungsfälle und Leistungen,
- d) Rechtsbeziehungen zwischen Versicherten, Versicherungsträgern, Ärzten und sonstigen Leistungserbringern.

4. Arbeitslosenversicherung

- a) Organisation und Finanzierung,
- b) Versicherter Personenkreis,
- c) Versicherungsfälle und Leistungen.

5. Grundsicherung für Arbeitssuchende

- a) Voraussetzungen der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, insbesondere Berechtigte, Erwerbsfähigkeit, Hilfsbedürftigkeit und zu berücksichtigendes Einkommen und Vermögen,
- b) Verhältnis zu den Leistungen der Sozialversicherung einschließlich der Arbeitsförderung.

6. Rechtsbeziehungen der Sozialleistungsempfänger untereinander und zu Dritten

- a) Zusammenarbeit,
- b) Erstattungen,
- c) Regressansprüche.

VII. **Schwerpunktbereich Steuern**

1. Steuerverfahrensrecht

- a) Steuerfestsetzung und Bekanntgabe von Bescheiden,
- b) Änderung von Steuerbescheiden,
- c) Rechtsbehelfsverfahren.

2. Einkommenssteuer

- a) Einkunftsarten,
- b) Erwerbssichernde Abzüge (Betriebsausgaben, Werbungskosten),
- c) Existenzsichernde Abzüge (Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen).

3. Bilanzsteuerrecht

- a) Grundsätze der Bilanzerstellung; Gewinnbegriff nach Handels- und Steuerrecht,
- b) Form, Inhalt und Gliederung der Bilanz.

4. Besteuerung der gewerblichen Einzelunternehmen

- a) Ermittlung des gewerblichen Gewinns,
- b) Betriebsvermögen (insbesondere seine Abgrenzung zum Privatvermögen und seine Bewertung),
- c) betrieblicher Aufwand.

5. Besteuerung der Personengesellschaften

- a) Begriff der Mitunternehmerschaft,
- b) Zurechnungstatbestand und Steuersubjekt,
- c) Umfang des Betriebsvermögens.

6. Überblick über sonstige Steuern

- a) Körperschaftssteuer,
- b) Umsatzsteuer,
- c) Erbschaft- und Schenkungssteuer,
- d) Gewerbesteuer,
- e) Vermögenssteuer.

7. Einzelfälle zur steuerplanenden Sachverhaltsgestaltung

- a) Einzelkaufmann, Mitunternehmerschaft, Körperschaftssteuersubjekt, Betriebsaufspaltung,
- b) Rückstellungen und Abschreibungen,
- c) Verträge mit nahen Angehörigen,
- d) die Besteuerung von international tätigen Unternehmen in ihren Grundgedanken.

VIII. **Schwerpunktbereich Europarecht**

1. Materielles Europarecht

- a) Freier Warenverkehr, freier Personenverkehr (mit deutschem Ausländerrecht, völkerrechtlichem Fremdenrecht), freier Kapital- und Zahlungsverkehr,
- b) Europäisches Wettbewerbsrecht,

c) Europäisches Umweltrecht.

2. Europäisches Verfahrens- und Prozessrecht

- a) EU-Institutionen und Rechtsakte, EU-Gerichtsbarkeit,
- b) Menschenrechtsschutz nach der EMRK (materiell und verfahrensmäßig).

3. Grundbegriffe des Völkerrechts unter besonderer Betonung eines Einblicks in

- a) das Internationale Wirtschaftsrecht,
- b) die wirtschaftlich relevante internationale Streitbeilegung und Gerichtsbarkeit.

IX.

Schwerpunktbereich Internationales Privatrecht

1. Allgemeiner Teil des IPR

2. IPR der Allgemeinen Rechtsgrundsätze im Sinne des Allgemeinen Teils des BGB

3. Internationales Vertrags- und Deliktsrecht (unter anderem Verordnungen Rom I und II)

4. Internationales Familien- und Erbrecht

5. Internationales Sachenrecht

6. Internationales Gesellschaftsrecht

7. im Überblick: internationales Zivilprozessrecht

X.

Schwerpunktbereich strafrechtliche Rechtspflege

1. Jugendstrafrecht

- a) Grundlagen, Besonderheiten gegenüber den allgemeinen Vorschriften,
- b) Jugendgerichtsverfassung und Jugendstrafverfahren,
- c) Besonderheiten bezüglich Heranwachsender,
- d) Grundlagen zur Jugendkriminalität.

2. Strafvollstreckung

- a) Grundlagen,
- b) Befugnisse der Strafvollstreckungsbehörden.

3. Justizvollzug

- a) Allgemeine Grundlagen, Organisation, Aufsicht,
- b) Grundlagen des Untersuchungshaftvollzugs,
- c) Grundlagen des Strafvollzugs (Planung, Grundsätze, Ablauf und Öffnung des Vollzugs, Grundversorgung, Verkehr mit der Außenwelt, Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung, Freizeit, Sicherheit und Ordnung, Unmittelbarer Zwang, Disziplinarmaßnahmen, Beschwerderecht und Rechtsbehelfe),
- d) Besondere Regelungen über den Vollzug der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung.

Anmerkung zum Inkrafttreten

Die Verwaltungsvorschrift tritt am 1. April 2017 in Kraft.

Die Ausbildung der Rechtsreferendarinnen und -referendare, die den Vorbereitungsdienst vor dem 1. April 2017 angetreten haben und die Ausbildung planmäßig ableisten, richtet sich weiterhin nach den bis zum Inkrafttreten geltenden Bestimmungen.

Jacobi

Präsidentin des Landesjustizprüfungsamtes